

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Debattiert:
Erfolgreichen Wieder-
aufbau nach dem Hoch-
wasser 2013 fortführen



Seite 11:
Geehrt:
Verleihung der
Verfassungsmedaille an
verdienstvolle Bürger



Seite 18:
Getagt:
Gesprächskreis zum
Thema Politik und
Medien im Ständehaus

Ausgabe
4.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am 30. Mai habe ich im Großen Saal des Ständehauses sieben Persönlichkeiten für ihr Wirken für Demokratie und Freiheit mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet.

Mit Blick auf den diesjährigen 25. Jahrestag der deutschen Einheit erinnerte ich daran, dass vor 25 Jahren auch die Staatlichkeit Sachsens nach sechs Jahrzehnten nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft wiederhergestellt wurde.

Sachsen ist auf dem Boden des Grundgesetzes als Verfassungsstaat in die deutsche und europäische Geschichte zurückgekehrt und hat auf der Grundlage des Föderalismus seine eigenständige Gestaltungskraft wiedergewonnen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung seit 1990 bildet der Länderfinanzausgleich, in dem der Solidargedanke des Grundgesetzes zur bundesstaatlichen Handlungsgrundlage erhoben wurde. Er hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass Sachsen seine Landesaufgaben heute ohne Neuverschuldung erfüllen kann, was seit 2014 mit dem Neuverschuldungsverbot auch in unserer Verfassung seinen Niederschlag gefunden hat.

Vor dem Hintergrund der Neuverhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern hat der Länderfinanzausgleich im Mai auf der Tagesordnung des Plenums gestanden.

In einer durchaus kontroversen Debatte wurde die Zuversicht auf einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Ich teile diese Auffassung.

Auch und vor allem in Sachsen haben wir immer wieder erfahren, dass die Solidarität unter den Ländern und die gesamtdeutsche Verantwortung des Bundes gerade in schwierigen Situationen am zuverlässigsten unter Beweis gestellt worden sind.

Zuletzt war das beim Wiederaufbau nach dem Hochwasser 2013 der Fall, was vom Sächsischen Landtag genau zwei Jahre danach gewürdigt wurde.

Matthias Röbler
 Dr. Matthias Röbler
 Präsident des Sächsischen Landtags

Titelfoto: S. Giersch

PLENUM

14. Sitzung des Sächsischen Landtags
Erfolgreicher Wiederaufbau
 CDU und SPD würdigen Aufbauleistung
 nach dem Hochwasser 2013 4

Hintergrundinformationen
 zum Hochwasser 2013..... 6

14. Sitzung des Sächsischen Landtags
Solidarität am Ende? 7

15. Sitzung des Sächsischen Landtags
Ausschreitungen bekämpfen
 CDU und SPD: »Sachsen kein Land für
 politische Gewalttäter!« 8

15. Sitzung des Sächsischen Landtags
Artensterben stoppen!
 Aktuelle Debatte auf Antrag der
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10

AKTUELLES

Verfassungsmedaille 2015 verliehen
 Sieben Persönlichkeiten geehrt..... 12

Gewinnbringende Gespräche und Begegnungen
 Delegation des Grossen Rates des Kantons Bern 16

Das war etwas Besonderes!
 Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus
 zu »Politik und Medien« 18

AUSSTELLUNG

»Zum Lesen verführen lassen«
 33. Leipziger Grafikbörse –
 Grafikkunst im Dialog mit Literatur 20

GESCHICHTE

**Das Zehrungsbuch des
 Leipziger »Landtages« von 1538** 22

SERVICE

Weitere Informationen 24



Für Solidarität und Artenschutz, gegen extremistische Gewalt

Foto: S. Giersch

// Die 14. Sitzung des Sächsischen Landtags widmete sich zwei aktuellen Themen solidarischen staatlichen Handelns: der Fortsetzung der Aufbauhilfen zur Behebung der Schäden nach dem Hochwasser 2013 und den Verhandlungen zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Auf der 15. Sitzung wurde über die Gewaltexzesse der linksextrem-autonomen Szene in Leipzig und das Artensterben in Sachsen debattiert. //



Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

CDU und SPD würdigen Aufbauleistung nach dem Hochwasser 2013

Erfolgreicher Wiederaufbau

14. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Den ersten Beitrag zur Aktuellen Stunde der 14. Sitzung des Landtags am 10. Juni 2015 bildete die Debatte zum erfolgreichen Wiederaufbau nach dem Hochwasser 2013, der fortzuführen sei. Auf Antrag von CDU und SPD würdigten die Fraktionen die Aufbauleistung der Sachsen. Am 30. Juni 2015 endete die Frist, in der Aufbauhilfe beantragt werden konnte. Lesen Sie auch die Hintergrundinformation auf Seite 5. //



Ines Springer, CDU, würdigte die hervorragende Aufbauleistung der zurückliegenden Jahre und erinnerte zugleich daran, dass die Frist für die Beantragung nach der »Richtlinie Hochwasserschäden 2013« am 30. Juni 2015 zu Ende gehe. Es habe die Kommunen natürlich eine erhebliche Anstrengung gekostet, zuerst zu planen und die Hochwasserschutzmaßnahmen zu bewerten. Neben den Kommunen hätten auch die Privaten ihre Schäden zuerst im Ausgleich bezahlen müssen und dann erst das Geld bekommen. Die Überprüfung der Wiederaufbaupläne

habe zu dem Ergebnis geführt, dass die 1,8 Milliarden Euro des Bundes nicht ausreichen würden. Es gebe einen Mehrbedarf von 480 Millionen Euro und dieser müsse im laufenden Haushaltsjahr als besonderer Schwerpunkt in den Verhandlungen gesehen werden.

Projekte verwirklichen

Simone Lang, SPD, forderte eine Balance zwischen dem technischen Hochwasserschutz und dem natürlichen Wasserrückhalt in Sachsen. Beide Aspekte

müssten berücksichtigt werden. Dank des Bundes könne der Freistaat jetzt über das nationale Hochwasserschutzprogramm einige Projekte wie Deichrückverlegungen an Mulde und Elbe verwirklichen. Auch die Bemühungen der Länder, gemeinsam mit dem Bund einheitliche Entschädigungszahlungen für Landwirte auf den Weg zu bringen, gingen in die richtige Richtung. In der Auseinandersetzung mit den Folgen und Ursachen des Hochwassers 2013 habe die SPD auch die Errichtung eines Fonds für Umsiedler vorgeschlagen. Auch wenn diese Empfehlung in den Koalitionsverhandlungen nicht mehrheitsfähig gewesen

gestellt hätten, nur den nachrichtlichen Hinweis: Liegt im Überschwemmungsgebiet. Das sei eine bittere Bilanz.

Dank an Helfer

Bei der Würdigung der Aufbauleistungen, so Carsten Hütter, AfD, sollte nicht der Dank an alle Helfer, auch aus den alten Bundesländern und aus dem nahen Ausland, für ihren körperlichen Einsatz, Geld- und Sachleistungen vergessen werden. Kritisch bewertete er die Auszahlungsmodalitäten von der Ausführung über die Rechnungslegung bis hin zur Auszahlung.

Falsche Prioritäten

Wolfram Günther, GRÜNE, kritisierte, dass man seit 2002 über eine Milliarde Euro für den Hochwasserschutz ausgegeben habe, aber nur fünf lächerliche Millionen Euro für die Rückverlegung von Deichen und die Herstellung natürlicher Überschwemmungsflächen. Hier stimmten offensichtlich die Prioritäten nicht. Er sei sich sicher, dass es 2013 viel geringere Schäden gegeben hätte, wenn die Prioritäten anders gesetzt worden wären. Neben der Schaffung von mehr Retentionsflächen und dem technischen Hochwasserschutz seien ange-

Mittel nutzen

Abschließend informierte Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, die Abgeordneten darüber, dass die Städte, Dörfer und Landkreise knapp 5.600 Anträge mit einem Zuschussvolumen von 811 Millionen Euro bei der Sächsischen Aufbaubank und dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr gestellt hätten. Das seien drei Viertel der in diesem Bereich erwarteten Anträge. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur habe das Hochwasser vor zwei Jahren die mit Abstand höchsten Schäden angerichtet. Insgesamt werde der Bedarf im



// Ines Springer



// Simone Lang



// Dr. Jana Pinka



// Carsten Hütter



// Wolfram Günther

sei, halte ihre Fraktion sie nach wie vor für den richtigen Ansatz, vor allem aus wirtschaftlicher Perspektive.

Bittere Bilanz

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, wies darauf hin, dass seit 2013 niemand aus den Überschwemmungsgebieten umgesiedelt worden sei. Sachsen habe die Fördermittel nach solchen Vorgaben ausgeschrieben, dass die Menschen an dem Ort, an dem sie überschwemmt worden seien, wieder aufgebaut hätten. Nach dem Hochwasser 2002 sei die Teilortschaft Röderau-Süd mit 151 Eigentümern unter Aufwendung von 40 Millionen Euro umgesiedelt worden. Auch 2013 hätten Wege gefunden werden müssen, um Überschwemmungsgebiete freizuhalten. Leider werde heute in solchen Gebieten immer noch gebaut. Dann erhielten die Leute, die Bauanträge

Das habe sich als Behinderung und Verzögerung der angestrebten Maßnahmen erwiesen. Was den Aufbauhilfefonds des Bundes und der Länder und die ins Haus stehenden Mehraufwendungen betreffe, fordere er eine transparente Darstellung für den Steuerzahler ein.

passtes Bauen und ingenieurbiologische Ufersicherung zwei weitere wichtige Bausteine.

Bereich der Kommunen auf mehr als 1,3 Milliarden Euro geschätzt.



// Thomas Schmidt

... knapp 5.600 Anträge mit einem Zuschussvolumen von 811 Millionen Euro bei der Sächsischen Aufbaubank und dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr gestellt ...

14. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformationen zum Hochwasser 2013

Fotos: S. Giersch

Ab dem 1. Juni 2013 wurde in insgesamt 295 Städten und Gemeinden Katastrophalarm ausgelöst. Alle zehn sächsischen Landkreise und die drei kreisfreien Städte waren vom Hochwasser betroffen. Zur Bewältigung der Hochwasserlagen waren mehr als 75.000 Hilfskräfte im Einsatz. Ein Toter und 21 Verletzte waren zu beklagen. Die Zahl der Evakuierten lag bei über 130.000 Personen. Die unmittelbaren Schäden beliefen sich nach der Ersterfassung auf 1,883 Milliarden Euro, wobei die Infrastruktur der Kommunen prozentual am stärksten betroffen war. Allein an Straßen und Brücken entstanden Schäden in einer Höhe von 300 Millionen Euro. Etwa 13.000 gewässernahe Wohngebäude wurden zum Teil erheblich geschädigt. Besonders in den Tourismusorten entlang der Elbe und Mulde, wie zum Beispiel Bad Schandau, Dresden, Meißen oder Grimma, wurden die touristische Infrastruktur und Gastgewerbebetriebe stark in Mitleidenschaft

// Das Hochwasser 2013 liegt jetzt genau zwei Jahre zurück. Aus diesem Anlass debattierten die Abgeordneten am 10. Juni 2015 über den erfolgreichen Wiederaufbau und weiterführende Maßnahmen. Damals war es in mitteleuropäischen Ländern durch tagelange Regenfälle zu schweren Überflutungen gekommen. Diese Seite bietet einige Daten und Fakten zur Schadensbilanz und zum Wiederaufbau in Sachsen. //

gezogen. Im Bereich der Landwirtschaft waren mehr als 33.000 Hektar Fläche besonders betroffen. Die Hochwasserschäden im Bereich der staatlichen Infrastruktur (wie bei der Landestalsperrenverwaltung) beliefen sich auf rund 350 Millionen Euro.

Der Wiederaufbau

Noch während des Hochwassers stellte die Sächsische Staatsregierung umfassende Soforthilfen mit einem Gesamtvolumen von 85 Millionen Euro zur Verfügung. Die weitere Förderung in Form von Mitteln zum Wiederaufbau konnte über das Landesprogramm Soforthilfe hinaus

durch Steuererleichterungen, den Aktionsplan Hochwasser der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Erleichterungen im kommunalen Haushaltsrecht sowie die Richtlinie Hochwasserschäden 2013, bei Schäden im wirtschaftlichen Bereich auch durch die Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen oder die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht erfolgen. Als zentraler Bewilligungsstelle kam der Sächsische Aufbaubank als Förderbank eine wichtige Rolle im Wiederaufbauprozess zu. Mit der Umsetzung des Wiederaufbaus wurde bereits in den ersten Monaten nach dem Hochwasser durch die Förderung der privaten Haushalte, von Wohngebäuden, der Unter-

nehmen, der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und der kommunalen Infrastruktur begonnen. Die Novelle des Sächsischen Wassergesetzes, die gemeinsame Bundesratsinitiative zum Hochwasserschutz mit dem Freistaat Bayern, das Sächsische Wiederaufbaubegleitgesetz und zusätzliches Tourismusmarketing für das Reiseland Sachsen stellten weitere den Wiederaufbau begleitende Maßnahmen dar.

Breite Solidarität

Alle beteiligten Stellen und Gremien bei Bund und Ländern haben zügig und konstruktiv zusammengearbeitet, um die in einem demokratischen Rechtsstaat erforderlichen gesetzgeberischen und weiteren Voraussetzungen zu schaffen. Durch die strikte Trennung von Soforthilfen und Mittel zum Wiederaufbau war von Anfang an eine lückenlose Finanzierung sichergestellt.

www.publikationen.sachsen.de
(Download: Der Wiederaufbau im Freistaat Sachsen nach dem Hochwasser im Juni 2013)



www.wikipedia.org/wiki/Hochwasser_in_Mitteuropa_2013





14. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

Solidarität am Ende?

// Die 2. Aktuelle Debatte zur 14. Sitzung am 10. Juni 2015 wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung gesetzt. Sie stand unter dem Titel »Länderfinanzausgleich – Solidarität am Ende?«. Den Hintergrund bildeten die Neuverhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern. //

Eingangs würdigte Sebastian Scheel, DIE LINKE, den Länderfinanzausgleich als Ausdruck des Solidargedankens des Grundgesetzes. Zugleich kritisierte er, dass der Sächsische Landtag in die Verhandlungen zu dessen Neuregelungen nicht eingebunden werde. Er forderte den Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich dazu auf, das Parlament zu informieren und generell zu versuchen, eine gemeinsame, von Respekt getragene Kommunikationslösung für den Länderfinanzausgleich zu finden. Jan Löffler, CDU, rechnete konkret vor, dass Sachsen durch den grundgesetzlichen Mechanismus des Finanzausgleichs innerhalb der Länder allein im vergangenen Jahr rund eine Milliarde Euro erhalten habe. Mehr habe nur Berlin bekommen. Zähle man alle Stufen des Finanzausgleichssystems von der Steuererlegung bis hin zu den Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen zusammen, erhalte Sachsen sogar rund 4,6 Milliarden Euro. Das seien knapp 30 Prozent des Landesetats.

Ein neues System

Mario Pecher, SPD, wies darauf hin, dass die Informationen in Form eines Gutachtens und der Position der Länder vorlägen. Es werde ein neues System mit Gewinnern und Verlierern geben. Die SPD werde

sich darum bemühen, das Beste für Sachsen herauszuholen. Er hoffe, dass der Landtag schon bis zum nächsten Jahr über klare Ergebnisse verfügen könne, weil darauf die ambitionierten Vorhaben der Koalition für den Haushalt 2017/2018 aufgebaut würden. Auch ihre Fraktion, so Dr. Frauke Petry, AfD, möchte darüber aufgeklärt werden, wo in den Verhandlungen die Schwierigkeiten lägen und welche Zwischenergebnisse es gebe. Klar für Sachsen bleibe, dass bereits jetzt sparsamer gewirtschaftet und Rücklagen gebildet und nicht abgebaut werden müssten. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an das von der AfD geforderte Sondervermögen im Rahmen des Konjunkturausgleichsfonds in Sachsen, der errichtet und gefüllt werden müsste.

Zu emotional

Franziska Schubert, GRÜNE, bezeichnete die Diskussion zur Neuregelung der Länderfinanzbeziehungen als zu emotional. Ihre Fraktion dringe auf Sachlichkeit und Transparenz im Verfahren. Der Finanzminister bezeichne die Neuregelung als das bedeutendste Finanzprojekt in diesem Jahr. Wenn dies so sei, dann würden die GRÜNEN eine umfassende Information zum aktuellen Sachstand an das Parlament fordern. Ihnen sei es besonders wichtig, dass der Solidaritätsbeitrag als Abgabe auch nach 2019 beibehalten werde. Abschließend bezeichnete Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen, den Länderfinanzausgleich als wesentliche Basis dafür, dass sich der Freistaat Sachsen so erfolgreich entwickelt habe und weiterhin entwickeln werde. Trotz einer extrem schwierigen Situation sei er zuversichtlich, dass die Neuverhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich erfolgreich abgeschlossen werden könnten, ohne dass die Solidarität unter den Ländern gefährdet werde.



Ausschreitungen bekämpfen

CDU und SPD: »Sachsen kein Land für politische Gewalttäter!«

Foto: S. Giersch

Uwe Nösner

// In der 15. Sitzung am 11. Juni 2015 diskutierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD über die militanten Ausschreitungen in Leipzig und deren konsequente Bekämpfung. Vorausgegangen waren erneute Ausschreitungen, bei denen etwa 100 Gewalttäter des linksextremen Spektrums mit Feuerwerkskörpern und Steinen gegen das Bundesverwaltungsgericht sowie das US-Konsulat vorgegangen waren und Straßensperren errichtet hatten. //



// Christian Hartmann

// Albrecht Pallas

// Rico Gebhardt

// Uwe Wurlitzer

// Valentin Lippmann

Seine Fraktion, so Christian Hartmann, CDU, könne die Entwicklung in Leipzig nicht länger tolerieren. Dabei gehe es nicht um zivilen Ungehorsam und Protest gegen die Regierung, sondern um den gezielten gewalttätigen Angriff auf den Staat, zivile Ziele und Privateigentum, wobei auch die gesundheitliche Unversehrtheit von Menschen gefährdet werde. Hier sei eine Grenze überschritten. Seit Beginn dieses Jahres sei es bereits das sechste Mal gewesen, dass linksradikale Gewalttäter in Leipzig öffentliche Einrichtungen angegriffen hätten. 81 von den 95 in Sachsen seit Januar 2015 registrierten linken Straftaten hätten

in Leipzig stattgefunden. Damit müsse jetzt jedem klar sein, dass in Leipzig ein linksextremistisch-autonomes Problem zu verzeichnen sei. Die CDU sei mit Sicherheit auf dem rechten Auge nicht blind. Es müsse aber aufgrund der Entwicklung im letzten halben Jahr der Linksextremismus vor allem in Leipzig stärker bekämpft werden.

Schulterschluss nötig

Albrecht Pallas, SPD, erklärte, dass Sachsen kein Land für politisch motivierte Gewalttäter sein dürfe. Die Vorgänge in Leipzig erforderten volle Aufmerk-

samkeit. Nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern alle staatlichen Ebenen von der Staatsregierung über das Parlament bis hin zur Stadt Leipzig müssten an der Lösung des Problems mitarbeiten. Es bedürfe eines breiten Schulterschlusses ohne Schuldzuweisungen. Offenbar habe sich in Leipzig eine Gruppe militanter Gewalttäter etabliert, die den Staat nicht nur ablehne, sondern ihn mit gut organisierten, effizienten Aktionen in schneller Abfolge angreife. Dabei schreckten sie auch vor Angriffen gegen Personen nicht zurück. Leider seien politische Gewalttaten in Deutschland keine Seltenheit.

Aber die Qualität und Häufigkeit dieser Taten in Leipzig seien etwas Neues und sollten aufhören lassen.

Für Aufklärung

Nach Auffassung von Rico Gebhardt, DIE LINKE, sollte erst einmal aufgeklärt werden, wer die Straftäter seien. Die CDU wisse scheinbar schon genau, wer in Leipzig Schaden angerichtet habe. Was gebraucht werde, sei die Aufklärung von Gewalttaten und keine unfähige Politik, wie sie in Sachsen zu erleben sei. Es werde ein Ping-Pong-Spiel der Verantwortlichen zwischen

dem Leipziger Polizeipräsidenten und dem in Dresden sitzenden Innenminister betrieben. Leipzig sei eine weltoffene Stadt. Seine Fraktion erwarte von der CDU, dass sie aufhöre, pauschal alle alternativen und bunten Lebensweisen dieser besonderen Stadt unter einen politischen Generalverdacht zu stellen. Stattdessen sollte sich auch die Koalition auf die Ermöglichung einer effizienten Verfolgung der tatsächlichen Gewalttäter konzentrieren. Dem könnte DIE LINKE zustimmen.

Vereinsgründung

Als erste sächsische Partei, so Uwe Wurlitzer, habe die AfD nun gehandelt und einen Verein gegründet, der sowohl Links- als auch Rechtsextremismus beobachte. Der Staat überlasse das Feld bisher linken Chaoten. Bürger und Polizisten würden durch die Politik im Stich gelassen. Seine Fraktion habe bereits am 12. März dieses Jahres einen Antrag im Sächsischen Landtag eingebracht, auch den Linksextremismus politisch zu be-

kämpfen, statt mit Steuergeldern auch noch deren dubiose Vereine und Kulturzentren aufzupäppeln. Es habe schon einmal linken Terror in Deutschland gegeben. Die Rote Armee-Fraktion (RAF) habe damals 34 Menschen ermordet. Heute würden sogenannte »Antifanten« den Leipziger Herderplatz in Connewitz nach der RAF-Terroristin und Mörderin Ulrike Meinhof benennen.

Gegen Gewalt

Valentin Lippmann, GRÜNE, betonte, dass Gewalt, egal von wem und aus welchem Grund, kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sei, sondern durch den Rechtsstaat konsequent verfolgt

werden müsse. Das gelte ohne Wenn und Aber. Wer der Auffassung sei, vermeintlich politische Ziele mit Gewalt durchsetzen zu können, der offenbare damit, dass es ihm eben nicht um Inhalte oder Politik, sondern einzig und allein um Gewalt als Selbstzweck gehe. Den Gewalttätern von Leipzig spreche er daher auch gänzlich ab, politisch für irgendetwas zu stehen. Das

Den Rücken stärken

Abschließend betonte auch Markus Ulbig, Staatsminister des Innern, dass militante Ausschreitungen und linksextremistische Gewaltstraftaten weder etwas mit Subkultur noch mit alternativen Lebensformen zu tun hätten, sondern klar verurteilt und verfolgt werden müssten. Wenn das Erscheinen von Polizisten in Teilen unserer Gesellschaft schon als Provokation wahrgenommen werde,



// Markus Ulbig

Wenn das Erscheinen von Polizisten in Teilen unserer Gesellschaft schon als Provokation wahrgenommen werde, dann schein etwas nicht in Ordnung zu sein.

15. Sitzung des Sächsischen Landtags



Fotos: R. Deutscher

seien keine politischen Aktivisten, sondern Kriminelle, die überdies all jene diskreditierten, die sich mit friedlichen Mitteln wie dem Demonstrationsrecht für eine bessere Politik einsetzen. Es müssten Konsequenzen gezogen werden. Allerdings brauche es jetzt eine klare und besonnene Reaktion und keine pauschalen Verunglimpfungen und populistischen Zuschreibungen.

dann schein etwas nicht in Ordnung zu sein. Die Anzahl der linksextremistischen Gewaltdelikte mache deutlich, dass darauf jetzt konsequent reagiert und gehandelt werden müsse. Dabei müssten sich die Einsatzkräfte darauf verlassen können, dass ihnen nicht nur die Menschen im Freistaat Sachsen, sondern insbesondere auch alle Politiker ganz klar den Rücken stärken.

Artensterben stoppen!

Aktuelle Debatte auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

15. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Beim Artensterben, so Wolfram Günther, GRÜNE, handle es sich um unsere Lebensgrundlagen und ein Thema, das uns in Sachsen dauerhaft beschäftigen werde. Von den heimischen Arten sei knapp die Hälfte bereits ausgestorben oder in unterschiedlichem Maße im Bestand gefährdet. Das Ziel der UN-Dekade der Biodiversität sei es, den Artenrückgang bis zum Jahr 2020 zu stoppen. Es sehe aber nicht so aus, als seien auf diesem Weg bereits Fortschritte erzielt worden. Dem widersprach Jan Hippold, CDU. Bei allen Maßnahmen sei besonderes Augenmerk auf die Agrarflächen gelegt worden. 2009 sei das Bodenbrüterprojekt gestartet. Seitdem habe sich

// In der 15. Sitzung am 11. Juni 2015 debattierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über das Artensterben in Sachsen. Den Hintergrund bildete der im Mai vorgelegte Artenschutzreport des Bundesamtes für Naturschutz. //

die Population von Rebhuhn, Kiebitz und Feldlerche verbessert. Weitere Projekte beträfen den Feldhamster, den Weißstorch, den Aal und den Atlantischen Lachs. Erst im Frühjahr seien Lachsbrütlinge in die Chemnitz eingesetzt worden.

Gegen Elbvertiefung

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, warnte mit Blick auf den Artenschutz vor der Elbvertiefung. Es sei einfach nicht daraus gelernt worden, was weiter stromabwärts mit Flora, Fauna und

Uwe Nösner

Habitat passiert sei, nachdem man die Elbe dort vertieft habe. Das Wasser sei weggezogen worden und in den Auenbereichen hätten sich Flora und Fauna verändert. Hanka Kliese, SPD, räumte ihrerseits ein, dass es zur Geschichte unseres Planeten gehöre, dass Tierarten, wie das Beispiel der Dinosaurier gezeigt habe, hin und wieder ausstürben. Allerdings müsse es nicht zur Geschichte unseres Planeten gehören, dass Pflanzen- und Tierarten ausstürben, weil der Mensch dafür verantwortlich sei und ihre Lebensräume zerstöre.

ße Schläge, ein Rückgang von Feldgehölzen und von Grünlandbeständen im Zusammenhang mit dem Energiepflanzenanbau. Sachsen, so Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, abschließend, müsse sich, was die Agrar-, Klima- und Umweltmaßnahmen der letzten 25 Jahre betreffe, im Vergleich zu anderen Bundesländern durchaus nicht verstecken. Das beste und sichtbare Beispiel seien die Flüsse. Zugleich gab er aber auch zu bedenken, dass das Artensterben nicht allein im Freistaat Sachsen gestoppt werden könne.

Fotos: R. Deutscher



Ursache Landwirtschaft

Jörg Urban, AfD, nannte als einen wichtigen Grund für das fortgesetzte Artensterben im Freistaat die moderne Landwirtschaft. Durch den regelmäßigen Einsatz von Insektiziden und Herbiziden reduziere sich die Artenvielfalt auf den bewirtschafteten Flächen extrem. Hinzu kämen gro-



Ehrung für Verdienste um Freiheit und Demokratie



Foto: R. Deutscher

// Im Jubiläumsjahr der deutschen Einheit ehrte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner sieben sächsische Persönlichkeiten mit der Sächsischen Verfassungsmedaille. Der Festakt dazu fand am 30. Mai 2015 im Großen Saal des Ständehauses statt. Die Auszeichnung würdigt besondere Verdienste um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Freistaates Sachsen. //



// Volker Bandmann, Thomas Colditz, Prof. Dr. Hans-Jürgen Hardtke, Helma Orosz, Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner, Andrea Roth, Klaus-Dieter Münch und Iris Kloppich

Verfassungsmedaille 2015

Sieben Persönlichkeiten geehrt

Ideale der friedlichen Revolution

»Die diesjährige Verleihung erhält im Jubiläumsjahr 2015 ihren ganz besonderen Akzent«, betonte Landtagspräsident Dr. Röbner in seiner Ansprache zu Beginn der Auszeichnungsveranstaltung. »Mit der deutschen Einheit vor 25 Jahren wurde die Staatlichkeit Sachsens nach sechs Jahrzehnten nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft wiederhergestellt.«

»Die Ideale der friedlichen Revolution finden sich heute nicht nur in unserer Verfassung wieder. An ihnen muss sich die Verfassungswirklichkeit auch in Zukunft messen lassen«, so Röbner weiter. »Dazu hat jeder Einzelne von Ihnen auf seinem politischen Arbeitsfeld und in seinem persönlichen Lebensbereich längst einen Beitrag geleistet, der heute mit der Verlei-

// Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zeichnete am 30. Mai 2015 sieben Persönlichkeiten für ihr Wirken für Demokratie und Freiheit mit der Sächsischen Verfassungsmedaille aus. Die Auszeichnungsveranstaltung fand im Großen Saal des Ständehauses statt. //

hung der Sächsischen Verfassungsmedaille gewürdigt werden soll.«

Träger der Sächsischen Verfassungsmedaille 2015

Volker Bandmann (Görlitz), 1990 bis 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags (CDU-Fraktion), wird mit der Sächsischen Verfassungsmedaille für sein herausragendes Engagement für die demokratische Entwicklung seiner Heimatregion und des Freistaates Sachsen geehrt. Bandmann war Mitinitiator der Friedensgebete in Görlitz, Mitbegründer des

Neuen Forums und Vertreter am Runden Tisch in seiner Heimatstadt. 1990 wurde Volker Bandmann in den Sächsischen Land-

tag gewählt, dem er fünf Legislaturperioden angehörte. Im Verfassungs- und Rechtsausschuss setzte er sich in der Verfassungsdiskussion erfolgreich für die Verankerung des Begriffs Schlesien in der Landesverfassung ein. Volker Bandmann erwarb sich zudem großes Ansehen als innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die Gewerkschaft der sächsischen





Fotos: R. Deutscher

Katja Ciesluk

verliehen

Polizei ernannte ihn zum »Ehrenkommissar des Freistaates Sachsen«.

Thomas Colditz (Aue), gehört dem Sächsischen Landtag (CDU-Fraktion) seit 1990 an. Stets gehörte er bislang zu den Direktkandidaten mit den höchsten Erststimmen-Anteilen. Die Begründung und Entwicklung des sächsischen Schulwesens ist eng mit dem ausgebildeten Lehrer Thomas Colditz verbunden. Er war einer der Väter des sächsischen Schulgesetzes, das in seiner ersten Fassung bereits zum 1. August 1991 in Kraft trat. 22 Jahre gehörte er dem Schulausschuss des Sächsischen Landtags an. Von 1994 bis 2012 war Colditz schulpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Heute agiert Thomas Colditz als tourismuspolitischer Sprecher seiner Fraktion und ist Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss, im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie im Petitionsausschuss. Thomas

Colditz wird für seine Verdienste um die Gestaltung des sächsischen Bildungssystems mit der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Hardtke (Dresden) ist seit 2006 Vorsitzender des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz e. V. Seit Jahrzehnten engagiert er sich intensiv auf dem Gebiet der Natur- und Heimatpflege in Sachsen und genießt in der Fachwelt hohes Ansehen für seine Kenntnisse, insbesondere in der Botanik und Mykologie. Für diese Verdienste erhält er die Sächsische Verfassungsmedaille. Im Verlauf seiner zudem beachtlichen wissenschaftlichen Laufbahn an der Technischen Universität Dresden war Hardtke u. a. Dekan der Fakultät Maschinenwesen, Prorektor für Universitätsplanung sowie langjähriger Leiter und späterer Direktor des Instituts für Festkörpermechanik. Nach 1990 wirkte er entscheidend an

der Reform des Hochschullebens in Sachsen mit. Prof. Dr. Hans-Jürgen Hardtke ist Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Iris Kloppich (Dresden), wird für ihr Engagement in der Gewerkschaftsbewegung in Sachsen und ihren unermüdlichen Einsatz für die Interessen der Arbeitnehmer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet. Seit Januar 2010 steht sie als Vorsitzende an der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen. Bereits zuvor hatte Kloppich in den 1990er-Jahren am Aufbau neuer örtlicher bzw. regionaler Gewerkschaftsstrukturen mitgewirkt und als stellvertretende Vorsitzende zur gesellschaftspolitischen Etablierung des DGB in Sachsen beigetragen. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen oder politischen Diskurs im Freistaat, bei dem Iris Kloppich nicht als führende Stimme der Gewerkschaften gegenüber den

Die Ehrung erhalten in diesem Jahr:



Volker Bandmann: 1990 bis 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags und innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
Thomas Colditz: seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags, 1994 bis 2012 bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
Prof. Dr. Hans-Jürgen Hardtke: Vorsitzender des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz e. V., Professor i. R. für Maschinendynamik und Schwingungslehre, TU Dresden
Iris Kloppich: seit 2010 Vorsitzende des DGB Bezirks Sachsen, Vorsitzende des Verwaltungsrates der AOK Plus
Klaus-Dieter Münch: Handwerksmeister, seit 1990 Mitglied des Stadtrates in Taucha (CDU-Fraktion)
Helma Orosz: 2008 bis 2015 Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden, 2003 bis 2008 Staatsministerin für Soziales
Andrea Roth: 1994 bis 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags, Sprecherin für direkte Demokratie und Beauftragte für Bürgeranliegen der Fraktion DIE LINKE



Entscheidungsträgern in Landespolitik, Parteien und Verbänden die Interessen der sächsischen Arbeiter, Angestellten und Beamten Gehör und Geltung verschafft.

Klaus-Dieter Münch (Taucha), Frisörmeister und seit 1990 Stadtrat (CDU-Fraktion) in Taucha wirkte von Beginn an maßgeblich am Aufbau der freiheitlichen demokratischen Ordnung und der Gestaltung des Gemeinwesens mit. Münch war Mitglied des »Runden Tisches« in Taucha und startete anschließend eine beeindruckende Karriere in Stadt- und Kreistag. Als Handwerksmeister und Inhaber des Goldenen Meisterbriefes vertritt er insbesondere die Interessen von Handwerk und Gewerbe in der Politik, aber auch Bildung und Erziehung sind ihm Herzensangelegenheiten. Klaus-Dieter Münch hat den Wiederaufbau des Schlosses in Taucha initiiert und ist Gründungsmitglied des Schlossvereins. Auf sein Betreiben konnte in Taucha 2013, zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, ein Gedenkstein zur Erinnerung an den Aufstand und seine Opfer in der Region aufgestellt werden.

Helma Orosz (Dresden), von 2008 bis zum Februar 2015 Oberbürgermeisterin von Dresden, wird für ihre Verdienste als Staats- und Stadtfrau um

die freiheitliche demokratische Entwicklung in Sachsen, im Niederschlesischen Oberlausitzkreis und in Dresden mit der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt. 2001 wurde die gelernte Krippenerzieherin Oberbürgermeisterin in Weißwasser. Zwei Jahre später folgte sie dem Ruf des damaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf nach Dresden, um als Sächsische Staatsministerin für Soziales tätig zu werden. Von 2004 bis 2008 gehörte Helma Orosz dem Sächsischen Landtag als Abgeordnete des Wahlkreises Niederschlesische Oberlausitz 1 an. Orosz hat Dresden als Kultur- und Wissenschaftsstadt ebenso wie als Innovations- und Investitionsort gestärkt und gemeinsam mit den

// Felicitas Große (im Bild) und Charlotte Herold vom Sächsischen Landesgymnasium für Musik »Carl Maria von Weber« umrahmten die Ehrung musikalisch.



Dresdner Bürgern neue Formen und Wege der Erinnerungskultur gefunden.

Andrea Roth (Tannenbergtal), gehörte dem Sächsischen Landtag von 1994 bis 2014 an (Fraktion DIE LINKE) und vertrat dort die Interessen des Vogtlandes. Als Sprecherin für direkte Demokratie und Beauftragte für Bürgeranliegen setzte sie sich für die unmittelbare Beteiligung der Menschen an Politik ein. Von 1998 bis 2014 organisierte und moderierte Andrea Roth insgesamt 69 Treffen von Bürgerinitiativen und Kommunal-

politikern aus ganz Sachsen. Auch landesweite Treffen von Schulinitiativen wurden von der ausgebildeten Lehrerin organisiert und begleitet. Andrea Roth arbeitete darüber hinaus in zahlreichen Untersuchungsausschüssen des Parlamentes mit, zuletzt als stellvertretende Vorsitzende der sogenannten Abfall-Misstands-Enquete. Andrea Roth wird mit der Sächsischen Verfassungsmedaille für ihre Verdienste um die politische Mitbestimmung und direkte Demokratie geehrt.

Fotos: R. Deutscher



Die Sächsischen Verfassungsmedaille



Am 26. Mai 1997, fünf Jahre nach der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung, stiftete der damalige Landtagspräsident Erich Iltgen zur Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 die Sächsische Verfassungsmedaille.

Seitdem verleiht der Präsident des Sächsischen Landtags die Auszeichnung jährlich an Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderer Weise um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Freistaates Sachsen verdient gemacht haben. Sie ist neben dem Sächsischen Ver-

dienstorden die wichtigste staatliche Auszeichnung, die in Sachsen verliehen wird.

Die Sächsische Verfassungsmedaille ist aus Silber. Auf der Vorderseite trägt sie das sächsische Wappen sowie die Inschrift »Sächsische Verfassung – 26. Mai 1992 – Für besondere Verdienste«. Rückseitig erinnern fünf brennende Kerzen sowie der Ausspruch »Wir sind das Volk« an die friedliche Revolution.

Bislang wurden inkl. der heutigen Verleihung 137 Frauen und Männer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt.

Schweizer Gäste zum Erfahrungsaustausch in Sachsen



Foto: S. Füssel

// Eine Delegation des Grossen Rates des Kantons Bern, mit dem der Sächsische Landtag langjährige freundschaftliche Kontakte pflegt, weilte vom 5. bis 8. Mai 2015 zu einem Erfahrungsaustausch in Sachsen. Das umfangreiche Programm der Gäste schloss neben Gesprächsrunden mit sächsischen Parlamentariern und Verwaltungsexperten auch Besuche in Görlitz, Herrnhut, Freiberg und der Sächsischen Schweiz ein. //

Gewinnbringende Gespräche und Begegnungen

Martina Findeisen

// Vom 5. bis 8. Mai 2015 besuchte eine Delegation des Grossen Rates des Kantons Bern unter Leitung von Grossratspräsidentin Béatrice Struchen den Sächsischen Landtag. Neben einem intensiven Gedankenaustausch, u. a. zu Fragen der Asylpolitik und der Gebietsreform, hatten die Gäste auch Gelegenheit, den Freistaat zu erkunden. //



Fotos: S. Füssel

Seit fast 20 Jahren bestehen freundschaftliche Kontakte zwischen dem Grossen Rat des Kantons Bern und dem Sächsischen Landtag. Diese wurden mit dem jüngsten Besuch Anfang Mai um ein weiteres Kapitel bereichert. Das viertägige Besuchsprogramm begann in der Landeshauptstadt Dresden sowie der Sächsischen Schweiz und führte die Gäste im weiteren Verlauf nach Görlitz, Herrnhut und Freiberg.

Ein kleiner Wermutstropfen stand am Anfang, denn durch ein technisches Problem am Flugzeug trafen die Gäste viel später als geplant ein. Doch das Abendessen auf der Friedrichsburg mit Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, Vizepräsidentin Andrea Dombois und Vertretern der Fraktionen ließ die Verspätung schnell vergessen.

Von Asylpolitik bis Benchmarks

Landtagspräsident Dr. Rößler begrüßte die Gäste dann am Morgen des 6. Mai im Ständehaus. Nach dem Eintrag in das Gästebuch nutzten die Parlamentarier ein zweistündiges Gespräch zum angeregten Erfahrungsaustausch. Bei der Diskussion über Themen wie Gebietsreformen und Asylpolitik wurde deut-

lich, dass der Freistaat Sachsen und der Kanton Bern mit der Bewältigung ähnlicher Herausforderungen konfrontiert sind. Experten des Sächsischen Innenministeriums skizzierten zunächst die Gebiets- und Verwaltungsreformen in Sachsen, in deren Zuge die Zahl der Gemeinden seit 1994 von 1.626 auf 430 und die Zahl der Landkreise von 48 auf 10 sank. Die Schweizer verwiesen auf ähnliche Entwicklungen in ihrem Kanton, hinterfragten jedoch zugleich, ob große Strukturen wirklich immer günstiger seien. In ihrem Kanton gebe es auch kleine Gemeinden, die sehr gut dastünden. Zugleich betonten die Gäste, dass derartige Reformen in der Schweiz nur von unten nach oben realisierbar seien. Anschließend wurden die aktuellen Herausforderungen des Freistaates im Bereich der Asylpolitik vorgestellt. So sei die Zahl der Asylbewerber im Freistaat von 3.500 im Jahr 2012 auf über 20.000, die in diesem Jahr erwartet werden, enorm angestiegen. Dies bedeute für Sachsen, entsprechende zusätzliche Kapazitäten zu schaffen und insbesondere für Akzeptanz in der Bevölkerung zu werben. Entscheidend sei hier der persönliche Kontakt und das fortwährende Gespräch zwischen Politikern und Bürgern, verpflichteten die Gäste den sächsischen Abge-

ordneten bei. Auch über Fragen des Steuersystems und des Finanzausgleichs wurde intensiv gesprochen, wobei die Abgeordneten großes Interesse an den Regelungen der jeweils anderen Region hatten. Die Gäste aus Bern stellten ihr Benchmarking-System vor, wobei kantonale Versorgungsleistungen und Bereitstellungskosten verglichen und auf Effizienz überprüft werden, um so Einsparpotenziale zu identifizieren. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zeigte sich überzeugt, dass Benchmarks auch in Deutschland die Zukunft sein werden.

Der Nachmittag stand dann ganz im Zeichen Dresdens – wobei eine Stippvisite im Plenarsaal natürlich nicht fehlen durfte.

Herrnhut und seine Sterne

Beim Besuch in Görlitz am Donnerstag erhielten die Gäste nicht nur einen Eindruck von den baulichen Schönheiten und Besonderheiten der Stadt. Das Mittagessen mit Abgeordneten der Region und Oberbürgermeister Siegfried Deinege bot Gelegenheit, sich auch über Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu informieren. Der anschließende Programmpunkt in Herrnhut gab Einblick in die Arbeit der Brüdergemeine, die ja in Bern eine Sozietät hat, welche trotz ihrer relativen Kleinheit eine nicht unbedeutende Rolle im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben der Stadt spielt – vor allem durch ihre Verbindung mit dem Verein »Haus der Religionen –



Dialog der Kulturen«. Anschließend lernten die Gäste die Herrnhuter Sternemanufaktur kennen. Deren Geschäftsführer Oskar Scholze informierte anschaulich über das Produktionsprofil und die Firmenphilosophie des derzeit 80 Mitarbeiter beschäftigenden Unternehmens. Im 2010 eingeweihten Besucherzentrum konnte man dann Schritt für Schritt die Herstellung der berühmten Sterne erleben.

Foto: Y. Zarembo



Von Bergleuten und Gesteinen

Freiberg stand am letzten Tag des Besuchs auf dem Programm. Bei einer Stadtführung erfuhren die Gäste viel Interessantes über die Geschichte der Stadt, die Bergakademie und deren Bedeutung für Sachsen. Den Auftakt zum Mittagessen mit Abgeordneten und Oberbürgermeister Bernd-Erwin Schramm gab dann auch folgerichtig eine typische bergmännische Begrüßung durch Mitglieder des Knappenvereins. Die Terra Mineralia mit ihrer außergewöhnlichen Präsentation besonderer Gesteine aller Kontinente – deren Stifterin ja auch eine Schweizerin ist – bildete einen farbenfrohen Abschluss, bevor die Gäste auf dem Flughafen Dresden verabschiedet wurden.



Auf Wiedersehen in Bern

Und wie hat es den Gästen gefallen? Dazu soll Grossratspräsidentin Béatrice Struchen persönlich zu Wort kommen, die unmittelbar nach dem Besuch an Landtagspräsident Dr. Rößler schrieb: »Der Besuch war nicht nur in kultureller Hinsicht sehr reichhaltig, er ermöglichte auch persönliche Begegnungen und angeregte fachliche Diskussionen. In lebhaften Diskussionen und persönlichen Gesprächen konnten wir sympathische Kontakte knüpfen und neue Freunde finden. Die große Herzlichkeit und die Aufmerksamkeit so vieler Mitglieder des Sächsischen Landtags haben uns während des ganzen Aufenthaltes beeindruckt. (...) Die Mitglieder des Grossen Rates

des Kantons Bern freuen sich auf die Fortsetzung der Kontakte und auf einen Gegenbesuch (...) im Kanton Bern.«

Kanton Bern



Der zweisprachige Kanton Bern (deutsch, französisch) liegt im Nordwesten der Schweiz. Er gliedert sich in fünf Verwaltungsregionen und umfasst 362 Gemeinden, in denen knapp eine Million Menschen leben. Der Grosse Rat ist das Parlament des Kantons. Er wird alle vier Jahre vom Volk gewählt. Seine 160 Mitglieder üben ihr Amt im Nebenberuf aus. Die aktuelle Amtsperiode dauert vom 1. Juni 2014 bis zum 31. Mai 2018.



Fotos: O. Killig

// Das Symposium im Rahmen der »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« am 26. Mai 2015 versprach bereits im Thema »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?!« reichlich Diskussionsstoff. Ausrufungs- und Fragezeichen am Ende machten aus einer Aussage auch eine Frage. //

Hans-Peter Maier

Das war etwas Besonderes!

Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus zu »Politik und Medien«

Es gehe vor allem um Wahrheit, sagte der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, in seiner Begrüßung, und darum, dass jede Interessengruppe, ja im Grunde jedes Individuum über eine eigene verfüge, die gegen Einwände verteidigt werde. Weniger als zehn Prozent der Deutschen glaubten, dass ihnen Politiker und Journalisten die Wahrheit sagten, und Wissenschaftler der TU Dresden veröffentlichten noch niedrigere Raten.

Er könne einen »missionarischen Eifer bei politischen und medialen Eliten« feststellen, der dazu führe, dass sie der Bevölkerung oftmals weder Urteilskraft noch die Fähigkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden, zubilligt. In der Folge wendeten sich viele Menschen von ihnen ab.

Meinungsfreiheit ist konstitutiv

»Wenn die Wahrheit nicht auszumachen ist, muss man für Meinungsfreiheit sorgen, die konstitutiv für eine demokratische Gesellschaft ist«, zitierte der Journalist Roland Tichy den britischen Schriftsteller Alexander Milne zu Beginn seines

Impulsreferates. Diese essenzielle Vorgabe für den Fortbestand einer bürgerlichen Gesellschaft sei indes eher zu einem frommen Wunsch verkommen. Die politische Berichterstattung lebe mehr und mehr von Unterstellungen und die Medienvertreter seien im Begriff, die seriöse Recherche seichter Unterhaltung zu opfern, die sich

immer häufiger alltäglicher Emotionen bediene. Aus der Berliner Psychotherapeutenzene kommend, beschreibe dies der Begriff »Emotainment«.

Es sei zu beobachten, wie sehr sich deshalb die Sprache verändere, über keine Ecken und Kanten mehr verfüge und jedwede Gestalt angenommen habe: »Political Correctness ist nichts anderes als Sprachzensur!«

Tichy, das war den knapp 120 Gästen schnell klar geworden, war nicht angetreten, um schönzureden und Streicheleinheiten zu verteilen. Mit seinem eigenen Berufsstand ging er tiefgehend ins Gericht. Er bezeichnete journalistische Arbeit als »Meinungskampf«, geißelte sie als »Hinrichtungsjournalismus«, bei dem Meinung Fakten überdeckte, und vermutete, dass sich Medienvertreter so langsam, aber sicher zu »Handlangern der Politiker« gerieten.





Tichy untermauerte sein Postulat »Die Freiheit des Wortes verfällt« mit zwei Beispielen, die deutlich machten, wie sehr »das Schreiben im Schwarm« dem Einzelnen die Möglichkeit eröffne, sich hinter seinen eigenen Worten zu verstecken: »Sebnitz« und »Wulff«.

Sebnitz leidet noch immer

In der Kleinstadt Sebnitz war vor Jahren ein Junge im Freibad ertrunken. Ganz schnell war das in der Berichterstattung zu Mord geworden, begangen von Neonazis. Als sich herausstellte, dass der Tod des Jungen eine natürliche Ursache hatte, war der Schaden für die Stadt und den Freistaat so groß geworden, dass er zumindest in Sebnitz auch heute noch zu spüren sei.

Dem ehemaligen Bundespräsidenten Wulff konnte man, so Tichy, vieles nachsagen, doch eines nicht, dass er korrupt gewesen sei. »Aber genau deswegen hat er sein Amt verloren!«

Neben Roland Tichy lud Moderatorin Alexandra Gerlach anschließend die Intendantin

des MDR, Karola Wille, den Chefredakteur der Freien Presse, Torsten Kleditzsch, den Geschäftsführer der Sächsischen Zeitung, Carsten Dietmann, sowie die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Frank Kupfer, und der LINKEN, Rico Gebhardt, zur Diskussion aufs Podium.

Geschickte Moderation

Während ein Politiker gleich zu Beginn falsche Berichterstattung der Medien über seine Fraktion geltend machte, konterte sein Gegenüber mit dem Vorwurf

einer »bürgerverachtenden Intransparenz«. Einer geschickten Moderation war es zu verdanken, dass schnell zielführendere Argumente Platz griffen. Fehler würden überall begangen, doch führe berechtigte Kritik immer öfter zu Pauschalverurteilungen, behauptete Torsten Kleditzsch, die sich auch im Netz – unbeaufsichtigt und völlig frei von Verantwortung – darstelle.

Jammern helfe nicht, formulierte Tichy: »Das ist eine Medienpolitik gegen festgefahrene Systeme. Wer unzufrieden ist, muss etwas sagen dürfen! Wir müssen mit dem Internet leben.«

Zu bedauern, dass »eine klare Linie fahren« in einer Demokratie schwierig sei, verneble den Blick auf die Notwendigkeit von Kompromissen, was wiederum zu einer Zunahme selektiver Wahrnehmungen führe und den Unterschied zwischen objektiver und verleumdender Berichterstattung aufweiche, fügten Kleditzsch und Dietmann an.

Dies, so Tichy, habe weitreichende Folgen für Politiker und Medien: »Um Widerspruch zu umgehen, werden Gesetze von hoher Bedeutung und enorme Finanzpakete schnell und ohne Widerspruch im Parlament durchgewinkt. Die Medien lässt das kalt; sie beschwerten sich nicht!«

Am Ende sehr kurzweiliger 140 Minuten stand noch die Frage eines Lehrers, ob der Verfall der Streitkultur nicht auch ein Bildungsproblem sei, das er in seinem Beruf immer deutlicher feststellen könne, und die Antwort Tichys, der kein Versagen bei den Pädagogen ausmachen wollte und augenzwinkernd schloss: »Ich sehe das nicht so negativ – aber ich bin auch kein Lehrer.«





Fotos: O. Killig

»Zum Lesen verführen

Im Beisein von mehr als 60 Gästen und Künstlern eröffneten Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois und Steffen Böttcher, Vorstandsvorsitzender des Leipziger Grafikbörse e. V., am Abend des 9. Juni 2015 die Ausstellung. Kunsthistoriker Rainer Behrends führte anschließend in gewohnt pointierter Manier in die Schau ein. Der Verein gastiert mit seinen Werken aktuell zum 7. Mal im Sächsischen Landtag.

Zugpferd für Kunstinteressierte

Andrea Dombois, erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, verwies in ihren Begrüßungsworten denn auch auf die bewährte Zusammenarbeit mit den Messestädtern: »Seit dem Jahr 2000 ist die Leipziger Grafikbörse als zuverlässiger Partner und eines unserer Zugpferde für alle kunstinteressierten Besucher regelmäßig im Bürofoyer des Sächsischen Landtags zu Gast.«

// Rainer Behrends, Kunsthistoriker



// Wenn Grafik auf Goethe, Kafka oder Borchert trifft: Noch bis zum 15. Juli 2015 zeigt der Sächsische Landtag 90 Druckgrafiken, die sich bildlich mit literarischen Werken auseinandersetzen. Entstanden sind diese während der 33. Leipziger Grafikbörse, die unter dem Motto »Im Dialog mit Literatur / Bilder zu Worten« stand. //

Beim Blick auf die ausgestellten Blätter zeigte sich Dombois beeindruckt: »In dieser Ausstellung steht die Weltliteratur im Mittelpunkt. Es werden – um einige Beispiele zu nennen – Bezüge zur Mythologie und zur Bibel, zu Goethe, Kleist und Novalis, zu Franz Kafka, Wolfgang Borchert, Paul Celan und Günter Kunert gefunden, wie sie eindrucksvoller kaum sein können.« Sie sei überzeugt, so Dombois weiter, »dass das eine oder das andere Blatt im Gedächtnis bleiben und über den Zeilen des jeweiligen Buches noch dann wiederkehren wird, wenn die Ausstellung längst zu Ende gegangen ist.«

// Steffen Böttcher, Leipziger Grafikbörse



Bildliche Auseinandersetzung mit Literatur

Getreu dem Motto »Im Dialog mit Literatur/ Bilder zu Worten« der 33. Leipziger Grafikbörse waren diesmal Arbeiten gefragt, die sich bildlich mit literarischen Texten auseinandersetzen. Entstanden sind höchst interessante Kunstwerke, inspiriert z. B. von den Märchen der Gebrüder Grimm, von Brechts »Dreigroschenoper«, von Thomas Manns »Der Zauberberg« oder von Goethes »Faust«.

Die gezeigten Werke stammen vorwiegend von Künstlerinnen und Künstlern aus Mitteldeutschland. Für die ausgestellten Werke wurden nicht nur alle klassischen und neuzeitlichen Techniken originaler Druckgrafik genutzt, sondern auch Kombinationen und weniger bekannte Verfahren wie Lichtdruck, Fotoradierung und Prägungen.

Die Leipziger Grafikbörse versammelt mittlerweile seit über 40 Jahren aktuelle druckgrafische Werke zeitgenössischer Künstler. Ursprünglich nur auf Leipzig fokussiert, lädt sie inzwischen alle zwei Jahre Künstler auch aus anderen Teilen Deutschlands ein, ihre jüngsten Arbeiten einzureichen. Einzige Bedingung ist, dass die Grafiken mittels klassischer oder moderner Drucktechniken geschaffen sein müssen.

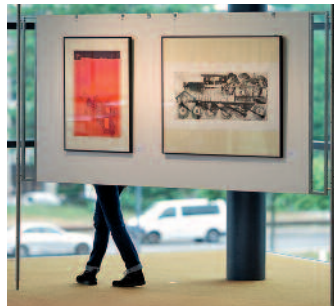
Katja Ciesluk

lassen«

33. Leipziger Grafikbörse – Grafikkunst im Dialog mit Literatur



// Vizepräsidentin Andrea Dombois während des Rundgangs



Eldorado der Druckgrafik

Rainer Behrends, Kunsthistoriker und Vorstandsmitglied der Leipziger Grafikbörse e. V., lud das Publikum ein, sich durch das Betrachten der Grafiken und deren literarische Anleihen und Bezüge wieder einmal »zum Lesen verführen zu lassen«.

Die Region Mitteldeutschland sei, so Behrends weiter, ein »Eldorado der Druckgrafik«. Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie Weimar, Halle und Altenburg seien die Zentren dieser künstlerischen Ausdrucksweise. Neben den klassischen Techniken wie Hoch- und Flachdruck werden hier auch selten gewordene Techniken wie Fotoradierung oder Lichtdruck gepflegt. So gebe es beispielsweise weltweit nur noch drei Werkstätten für den Lichtdruck, erläuterte Behrends – »eine davon in Leipzig«, schob er mit stolzer Stimme nach.

Geschaffenes würdigen

Obwohl in Mitteldeutschland Jahr für Jahr eine große Zahl von hochwertigen Druckgrafiken entstünde, seien diese nach wie vor nur sehr selten im Spektrum des zeitgenössischen Kunstlebens, etwa in Museen, vertreten, flocht der Kunsthistoriker leise Kritik in seine Worte. »Umso wichtiger ist es, alternative Möglichkeiten zu nutzen, um das Geschaffene zu würdigen. Die Ausstellung der Grafiken im Sächsischen Landtag ist deshalb für uns eine sehr wichtige Plattform, um Kunstkenner, interessierte Betrachter und Sammler zu erreichen.«

Die Ausstellung ist noch bis zum 15. Juli 2015 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu sehen. Sie kann jeweils montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden. An Feiertagen bleibt die Schau geschlossen.

Das Zehrungsbuch des Leipziger »Landtages« von 1538

Matthias Kopietz

Aus den letzten Regierungsjahren des Herzogs Georg von Sachsen, der von 1500 bis 1539 herrschte, ist eine Handschrift überliefert, die verzeichnet, was der Fürst während einer Ständeversammlung für sich und seinen Hof verbrauchte. Dieses 32-seitige Ausgabenbuch trägt den Titel »Zcerunge meines gn[ädigen] herrn gegen Leiptzk vff den gehaltenen Landttag mit den Bischoffen Abten vnd andern Geistlichen prelaten etc. Trinitatis 1538«. Es ermöglicht einen Blick auf die fürstliche Reisegesellschaft und einige Begleitumstände, die im frühen 16. Jahrhundert der Besuch einer Ständeversammlung mit sich brachte.

Zunächst überrascht der Titel, nennt er doch den Begriff »Landttag« für ein Treffen, an dem neben dem Fürsten und einigen seiner Räte bzw. Vertrauten ausschließlich Vertreter der Geistlichkeit teilnahmen. Andere Stände, die Ritterschaft und Städte, wurden nicht nach Leipzig berufen. Der Begriff Landtag ist in jener Zeit als Bezeichnung für eine Ständeversammlung nicht immer klar zu fassen. In weiteren Quellen werden die Beratungen von 1538 zudem lediglich als »handlung« oder »tag« benannt. Andererseits waren in Leipzig geistliche Vertreter des »ganzen Landes«, d. h. aus dem gesamten Herrschaftsbereich Herzog Georgs, anwesend. Spätmittelalterliche Ständeversammlungen waren in ihrer Gestalt vielfältig. Der Landesherr berief seine Stände

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //



// Koch- und Kellermeisterei von allen Speisen vnnnd Geträncken, Frankfurt a. M. 1547

flexibel ein, um aktuellen Konflikten zu begegnen.

Kirchenpolitische Fragen der Zeit

Zum 30. Juli lud Herzog Georg die Vertreter des geistlichen Standes, d. h. die Bischöfe von Meißen und Merseburg, die Äbte, Pröpste und weitere Prälaten nach Leipzig. Sie verhandelten akute kirchenpolitische Fragen: Wie sollte im Herzogtum verhindert werden, dass die lutherische Bewegung zu einer konfessionellen Spaltung führte? Mit welchen Mitteln konnte der Papst bewegt werden, ein

Konzil einzuberufen, das hilfreiche Richtlinien geben konnte? Besonders beschäftigte den Herzog die strukturelle und sittliche Krise des Klosterwesens. Ihr wollte er mit Visitationen begegnen. Derartige reformfördernde Überlegungen fußten auf einer langjährigen kritischen Kirchenpolitik Georgs: Bereits auf den Reichstagen 1521/23 wirkte er an Beschwerdeschriften (Gravamina) in diesen Fragen mit. Er befürwortete auch in früheren Jahren schon, geistliche Einrichtungen durch Visitationen zu reglementieren.

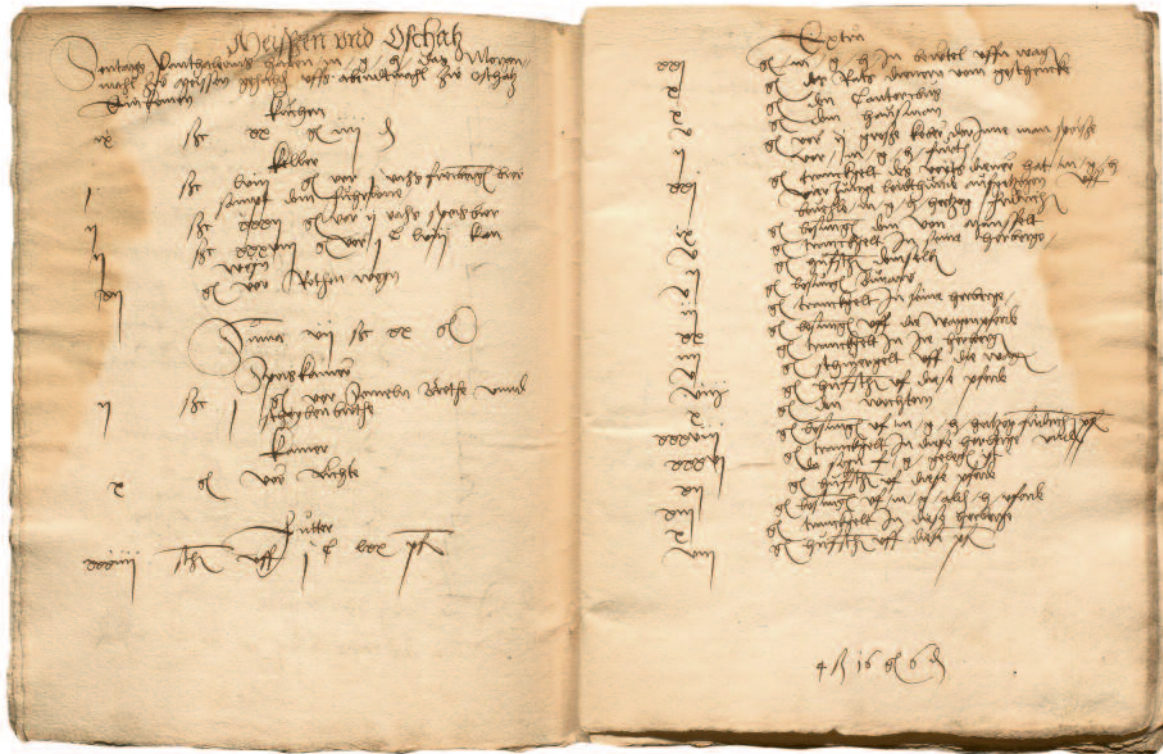
Als Herzog Georg im Jahre 1535 die Klöster in seinem thüringischen Herrschaftsbereich

durch weltliche Juristen begutachten ließ, stieß er bei der Geistlichkeit seiner Lande auf eine erhebliche Abneigung. Um sein Vorhaben durchzusetzen, versuchte er sich auf dem Leipziger Landtag 1537 mit Härte durchzusetzen. Doch die Kleriker zeigten sich beharrlich. Sie fürchteten, die Autorität des geistlichen Standes werde durch Georgs Vorgehen kompromittiert. Da auf diesem Landtag in Anwesenheit der anderen Stände schließlich keine Einigung erzielt werden konnte, sah sich der Herzog gezwungen, die Geistlichkeit 1538 nochmals separat zusammenzurufen. Die Probleme drängten, die Kirche und auch der katholische Herzog mussten sich dem Druck stellen, den die lutherische Reformation vom benachbarten ernestinischen Kurfürstentum auf die albertinischen Lande ausübte.

Notwendige und pikante Reisebedürfnisse

Bis zum 3. August 1538 dauerten die von harten inhaltlichen Auseinandersetzungen geprägten Besprechungen in Leipzig an. Verstimmt reiste Georg ab, konnte er seine Bestrebungen doch gegen die nahezu geschlossen auftretende Geistlichkeit nicht durchsetzen.

Von diesem zeitlichen Rahmen zeugt auch das Zehrungsbuch, welches Georgs Aufenthalt Tag für Tag auflistet: Von Meißen aus reiste er zum Mon-



// »Küche und Koch in der ersten Hälfte des 16. Jh.«
 (aus: Koch- vnnnd Kellermeisterey von allen Speisen vnnnd Geträncken, Frankfurt am Main 1547, Österreichische Nationalbibliothek Wien)

tagabend (29. Juli) an und fuhr erst am Sonntag (4. August) nach dem Morgenmahl wieder ab. Wenn auch die Auflistungen der fürstlichen Ausgaben keine direkten Angaben zu den politischen Verhandlungen machen, vermittelt das Zehrungsbuch jedoch anschauliche und interessante Einzelheiten, wie die Reise des Fürsten organisiert und durchgeführt wurde.

Spätmittelalterliches Reisen und der Aufenthalt am Zielort mussten wohl vorbereitet und die Bedürfnisse eines Fürsten sowie seiner Entourage gestillt werden. Die Route von Meißen nach Leipzig war auf dem Hin- und Rückweg identisch. In Oschatz wurde Nachtlager gehalten. Über die gelisteten zwölf Tage hinweg entstanden regelmäßig anfallende Kosten. Der Fürst und seine Räte mussten beherbergt sowie mit Speisen und Getränken verpflegt werden. Auch die Pferde waren zu versorgen und Wachdienste nötig. In Kategorien von festen Ausgaben listet das Zehrungsbuch für jeden Tag auf: Die Aus-

gaben für die fürstliche Tafel, für den Keller (Bier und besonders Wein), für die Speisekammer (Semmeln und Brot), für die Beleuchtung der Kammer und für das Pferdefutter. Alle anderen Ausgaben fielen in eine gesonderte Rubrik »extra«.

Der Reisegruppe gehörten namhafte Begleiter an: Kanzler Simon Pistoris, die Berater Otto von Dieskau, Hans von Kitzscher, Hans von Schönberg, Heinrich von Büнау und der Graf Hoyer von Mansfeld, Georgs Leibarzt Dr. Heinrich Stromer von Auerbach, der Rechtsgelehrte Dr. Wolfgang von Lüttichau und der für die fürstlichen Finanzen zuständige Kammermeister werden genannt. Auch Georgs Sohn, Herzog Friedrich, reiste mit eigenen Pferden nach Leipzig.

Zu den besonderen Ausgaben gehörten auch die Vergütung von Hufschmieden, Sängern, Bäckern, des Koch- und des Küchenpersonals bis hin zur Küchenmagd und der Schüsselwäscherin, von Tor- und Türwächtern sowie besonders von Boten. Letztere überbrachten

Nachrichten, etwa zum erzbischöflich-magdeburgischen Kanzler Dr. Christoph Türk in Halberstadt. Sie ritten den Reisenden auch voraus und stellten die Verbindung des reisenden Fürsten ins Land hinein her.

Weiterhin verzeichnet das Zehrungsbuch singuläre Ausgaben, die durch ihre Detailangaben zeigen, wie unterschiedlich die zu erledigenden Besorgungen waren: Für einen Fuhrmann, der drei Hirsche von Schellenberg bei Augustsburg nach Leipzig zu bringen hatte, wurden beispielsweise 80 Groschen ausgegeben. Auf der Weiterreise ab Oschatz musste man sich ein zusätzliches Pferd leihen, das später von einem Boten zurückgebracht wurde. Dem Geleitsmann Mats Schmüdiger aus Leipzig wurden 64 Groschen ausgezahlt, weil er auf Befehl des herzoglichen Marschalls zusätzlich »Essefleisch, ganße vnd geschmeltzte butter« zu besorgen hatte. Für zwei Schachteln Pfauenfedern, einen beliebten Hutschmuck, wurden

42 Groschen ausgegeben. Auch Arzneimittel wurden erworben. Einen Groschen erhielt ein Bote dafür, dass er aus Leuben von Nickel von Honsperg einen Hund für Herzog Friedrich brachte. Zurück in Meißen, wurden Jäger dafür entlohnt, dass sie »vff die hasen Jhagt gegangen« seien. Das Wild dürfte für ein Mahl des Fürsten genutzt worden sein, bevor er nach Dresden reiste. Diese und weitere, teilweise anekdotenhafte Angaben belegen, wie aufwendig, spontan und vielfältig die Aspekte der Versorgung einer fürstlichen Reisegesellschaft in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren. Auf 22.384 Groschen und 11 Pfennig (ca. 1.000 Gulden) summierten sich die im Zehrungsbuch gelisteten Kosten insgesamt.



www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte

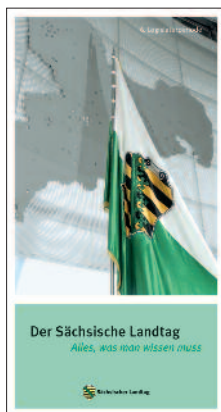
Schülerkalender 2015/2016

Der Schülerkalender für das Schuljahr 2015/2016 liegt vor. Diese inhaltlich und in ihrer Ausstattung hochwertige Publikation ist in den zurückliegenden Jahren zu einem treuen Begleiter Tausender sächsischer Schülerinnen und Schüler geworden. Über seine Alltagsnähe in Schule und Freizeit hinaus enthält er in knapper Form viel Wissenswertes für junge Menschen und eine Menge von Anregungen zu Gesellschaft und Politik vor allem im Freistaat Sachsen. Präzise und verständliche Erklärungen der Politikbegriffe sind auf den Wochenseiten zu finden, historische Daten im Kalendarium. Der Schülerkalender 2015/2016 kann jetzt beim Sächsischen Landtag bestellt werden.



Alles, was man wissen muss

Unter dem Titel »Der Sächsische Landtag. Alles, was man wissen muss« ist der Kurzführer der 6. Wahlperiode erschienen, der alle Informationen über den Aufbau, die Zusammensetzung, die Organe, die Aufgaben und die Arbeitsweise des Landesparlaments des Freistaates Sachsen in kurzer und übersichtlicher Form enthält. Schwerpunkte bilden unter anderem die Wahl und Zusammensetzung des Landtags, die Fraktionen, ihre Arbeitskreise und deren Vorsitzenden, der Präsident und das Präsidium, die Ausschüsse, die Wahl des Ministerpräsidenten, das Gesetzgebungsverfahren, die parlamentarische Kontrolle, die Wahl der Verfassungsrichter sowie die Landtagsverwaltung. Die Publikation ist reich bebildert und vermittelt die Architektur des Landtagsgebäudes auf eindrucksvolle Weise. Eine Übersicht in der Mitte der Broschüre bildet alle Abgeordneten so ab, wie sie während der Plenarsitzungen im Plenarsaal platziert sind.



Volkshandbuch 6. Wahlperiode

Das traditionsreiche Volkshandbuch des Sächsischen Landtags ist mit den aktuellen Biografien und Bildern aller Abgeordneten der 6. Wahlperiode und novellierten Gesetzestexten erschienen. Es enthält neben dem neuen Abgeordnetengesetz auch die Geschäftsordnung und die geänderte Verfassung, die 2014 in Kraft getreten ist. Informationen über die Zusammensetzung der Fraktionen, die Organe und Gremien des Landtags, die Ausschüsse und weitere Wahlen und Benennungen von Abgeordneten für Gremien des Landes runden diese Veröffentlichung ab.



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

16. – 17.09.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

07.–08.10.2015
19.–20.11.2015
16.–17.12.2015

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Veranstaltungen, Besucherdienst und Publikationen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbber vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 12.06.2015

Gastautoren: Matthias Kopietz, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden